

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/25

Hannover, 25. März 1947
Telefon 20951/52

Bündnisse als Vorwand =====

R. B. In den letzten Wochen vor der Moskauer Konferenz ist in Europa eine Reihe von Bündnissen geschlossen worden, die sämtlich gegen Deutschland gerichtet sind. Man spricht von dem Defensiv-Dreieck England-Frankreich-Russland und man erwartet einen Viermächtepakt, der unter Einchluss Amerikas denselben Sinn haben soll. Anlässlich der Unterzeichnung eines fünfjährigen Freundschafts- und Kulturabkommens zwischen Paris und Warschau erwähnte der polnische Aussenminister Modziewski den "deutschen Drang nach Osten", ebenso wies der französische Botschafter in Prag, Maurice Déjean, zu dem Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei darauf hin, dass Deutschland seit 1864 fünfmal in Europa einen Krieg provoziert habe, weshalb das Bündnis gegen Deutschland gedacht sei. Auch in dem Garantiepakt von Danzig heisst es "die Vertragsschliessenden sind entschlossen, mit Massnahmen des gegenseitigen Beistandes im Falle eines erneuten deutschen Angriffs zusammenzuarbeiten". Der zwanzigjährige Bündnisvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei ist zu dem gleichen Zweck geschlossen worden.

In keinem europäischen Vertrag fehlt heute also der Hinweis auf eine notwendige Abwehr gegen mögliche deutsche Angriffe. Deutschland liefert sozusagen den Kitt zu diesen Konzeptionen. Man ist der grosse Gegner der Alliierten, Deutschland, total geschlagen, daran zweifelt im Grunde auch kein Staatsmann. Gelegentliche gegenteilige Aeusserungen sind zweckbedingt. Die Zusammenschlüsse gegen dieses so vollkommen entmachtete Volk gerade mit der Begründung einer von ihm drohenden Gefahr fanden darum in der Weltpresse auch recht gegensätzliche Kommentare. So äusserten sich z. B. der "Daily Express" und das "Allgemeine Handelsblatt", dass ein Vertrag gegen eine Drohung, die nicht besteht, sinnlos sei oder aber er zeige kein grosses Vertrauen in die Wirksamkeit der gemeinsamen

alliierten Politik." Man konnte diese Einstellung insbesondere bei Abschluss des Dünkirchen-Vertrages beobachten. Zweifelslos ist nun aber aus den Verträgen auch einiges Positive für Deutschland zu entnehmen. Wenn etwa die "San Francisco Chronicle" schrieb, das Bündnis sei für jene Deutsche von Bedeutung, die selbst nach zwei Weltkriegen nichts dazu gelernt hätten, so darf man eine solche Auslegung, mit einem gewissen Vorbehalt, für eine Demokratisierung Deutschlands verwenden. Es ist eine Tatsache, dass die Autorität der Weimarer Republik von bestimmten Parteien ignoriert wurde, weil die Vertreter dieser Staatsform zwar auf ein allgemeines Misstrauen gegen Deutschland hinweisen konnten, nicht aber auf konkrete Bündnisse mit klarer Zielsetzung. Sehr richtig bemerkte in diesem Zusammenhang der "Manchester Guardian", die jetzige Lage wäre allerdings wohl besser, wenn die jetzigen Bündnisse schon nach dem ersten Weltkrieg Wirklichkeit geworden wären.

Vor allem der Vertrag von Dünkirchen ist als wahrhaft europäische Politik bezeichnet worden. Das Abkommen ist auf 50 Jahre getroffen. Es sei hier der Hinweis gestattet, dass auch Deutschland nach der Versicherung aller alliierter Staatsmänner so bald als möglich ein integrierender Bestandteil Europas werden soll. Das dürfte schwierig sein und auch eine Neutralisierung Deutschlands kaum erreicht werden, wenn ein Grossteil der europäischen Völker offiziell gegen dieses Deutschland verbunden ist.

Den demokratischen Kräften, die in Deutschland mit dem Hoffnungsschimmer der Völkerverständigung arbeiten müssen, werden durch das Fehlen einer zumindest moralischen Abrüstung alle Argumente aus der Hand geschlagen. Besondere Situationsänderungen sind also aus diesen Bündnissen nicht zu erwarten. Während Frankreich seine Forderungen nach Kohlen, Reparationen und Sicherheit wiederholt, braucht England, das aus diesem Kriege schwächer als 1919 hervorgeht, einen Kordeon von Freunden. (Ein Bündnisangebot Grossbritanniens an Belgien wäre nach dem ersten Weltkrieg nicht denkbar gewesen.) Wechselseitige Unterstützung im Spiel der machtpolitischen Kräfte unserer spannungsgeladenen Gegenwart ist also das Ziel dieser Bündnispolitik und man darf annehmen, dass Deutschland in Wirklichkeit auch als fiktive Gefahr in all diesen Gesprächen die geringste Rolle spielt. Deutschland ist kaum mehr der diplomatische Vorwand hierzu. Anders sollten die Verträge unter der heutigen Konstellation nicht beurteilt werden.

Soziales Gewissen

von Oberregierungsrat Dr. Jordans

Sozialismus ist das politisch verkörperte soziale Gewissen. Es genügt nicht, innerhalb der christlichen Religionsgemeinschaften den Einzelnen zu sozialem Verhalten (Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst) aufzufordern. Darüber hinaus ist es notwendig, in einem politischen Programm die Einzelforderungen des sozialen Gewissens zu konkretisieren und verbindlich zu machen. In dieser politischen Überzeugung weise ich mich einig nicht nur mit meinen sozialistischen Genossen, sondern auch mit breitesten deutschen Volkskreisen bis weit in die Reihen der sogenannten bürgerlichen Parteien hinein.

Aus einer erdrückenden Not ist die sozialistische Bewegung entstanden, als vor hundert Jahren ein junger Industrialismus und Kapitalismus weite Volkskreise proletarisierte, Sozialismus, das ist ein Schrei des Schmerzes und manchmal des Zornes, ausgestossen von den Menschen, welche unser Massenland am lebhaftesten empfinden (Dürkeim). - Der Sozialismus bedeutete damals für den ausgebeuteten Industriearbeiter die einzige Hoffnung; er allein gab ihm tatkräftige Hilfe und eine zielbewusste Führung. Was versuchte damals der vereinzelt Appell an das soziale Gewissen des Christen auszurichten? War es nicht erst der erstarkende Sozialismus, welcher wenigstens die dringlichsten sozialen Reformen erzwang? Ist es verwunderlich, dass die junge Arbeiterbewegung ausserchristlichen Tendenzen folgte, als sie innerhalb der Christenheit die erforderliche Resonanz nicht fand?

Gewiss, der Appell an das soziale Gewissen ist heute nicht mehr vereinzelt, sondern von allen Kanzeln und nicht nur dort laut vernnehmbar. Die ungeheure Not lässt uns aber keine Zeit, so lange zu warten, bis die Christen so christlich geworden sind, dass sie die sozialen Mahnungen ihrer Kirchen auch befolgen. An den grundsätzlich guten Willen vieler müssen wir anknüpfen; ihn gilt es in ein festes Programm zu fassen. Dies kann aber nur im Rahmen des politischen Programms geschehen, welches der Sozialismus auf seine Fahnen geschrieben hat.

Man wendet ein: "Ja, wenn der Sozialismus nicht so unchristlich und materialistisch wäre!" - Dass und warum der Sozialismus sich ausserhalb des Christentums entwickelt hat, wurde bereits gesagt. Es war dies die notwendige Folge einer geschichtlichen Situation und ganz besonders des Unverständnisses weitester christlicher Kreise für die soziale Frage. Seither hat sich die Lage wesentlich geändert, und mit ihr auch die Einstellung des Sozialismus zum Christentum. Da ist es vornehmlich die Aufgabe der christlichen Sozialisten, diese neue Gesinnung nicht wieder in den Wellen des Unverständnisses versinken zu lassen.

Man sagt ferner: "Der Sozialismus bekämpft das Privateigentum und somit die wesentlichen Voraussetzungen für die von Christentum geforderte freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit". Ist das wirklich so? Nein, der Sozialismus bekämpft lediglich das Privateigentum an Produktiv-Grosskapital, nicht aber dasjenige, welches aus der Arbeit erwächst. Das Privateigentum an Produktiv-Grosskapital aber hat nur einer kleinen Schicht wirtschaftliche und geistige Macht gegeben, den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung dagegen in wirtschaftliche und geistige Abhängigkeit gebracht. Unter seinem Einfluss ist die Gier nach Gewinn die einzige Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns geworden. Die Gewinnerhöhung des Einzelbetriebes, nicht die Deckung des Lebensbedarfs der Gesamtheit bildete den Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Überlegung. Weizen wurde verbrennt, Kaffee-Ernten wurden vernichtet, Fische wurden in das Meer zurückgeworfen, Textilindustrien wurden stillgelegt, nur um den Preis auf seiner Höhe zu halten und die Gewinnspanne nicht zu verringern. Kein Protest von den Kanzeln und kein Notschrei der Hungernden und Frierenden vermochte diesem verantwortungslosen Treiben ein Ende zu setzen.

3/II/25

- 4 -

spd/25. März 1947

Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und allgemeine Verelendung waren im Zeitalter des Privateigentums an Produktiv-Grosskapital die Folgen verbesserter Produktionsverfahren und genialer Erfindungen. Dieser kapitalistischen Gewinnsucht gegenüber vertritt der Sozialismus die Forderung, dass nicht die Bereicherung einer kleinen Schicht von monopol-kapitalistischen Grossbesitzern, sondern die unmittelbare und umfassendste Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller Schaffenden die Grundlage der Wirtschaftsführung sei. Deshalb gerade verlangen wir die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die gesellschaftliche Planung der Wirtschaft.

Ein dritter Einwand ist der: "Wass der Sozialismus mit seinen Grundsätzen nicht zu einer öden Gleichmacherei führen? - Dies anzunehmen heisst aber, den Sozialismus falsch verstehen. Dass die Menschen mit körperlichen und geistigen Fähigkeiten ungleich begabt sind und dass die grössere Leistung den höheren Lohn verdient, hat der Sozialismus nie geleugnet. Selbst der radikale Marxismus russischer Prägung hat dies niemals ausser Acht gelassen. So verhielt sich die Differenz der Lohnzüge, von dem niedrigsten bis zum höchsten, 1944 in Russland wie 1:10, während sie in England nur 1:6 betrug. Was wir aber als Christen und Sozialisten fördern müssen, ist, dass jedem Menschen die Möglichkeit gegeben werde, die in ihm schlummernden Kräfte und Fähigkeiten zu entfalten und seine Eigenart zu entwickeln. Nicht dem Zufall der Geburt und des erblichen Reichtums soll es überlassen sein, welche Stellung der Einzelne in der Gesellschaft einnimmt, sondern seiner Arbeitskraft und seinen geistigen Qualitäten. Dies ist der Sinn der Gleichheit und Freiheit aller Menschen, wie wir Sozialisten ihn vertreten.

Da wir Sozialisten aber die Freiheit und Gleichheit aller Menschen vertreten, so fordern wir mit allem Nachdruck auch die Freiheit unserer Heimat, die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, deswegen achten wir zugleich auch die Freiheit aller anderen Völker. Nur dieser Grundsatz der Freiheit und Gleichheit und unser Glaube an die Gemeinschaft aller Völker kann unserer Überzeugung nach zu einem wahrhaft und dauerhaften Frieden führen.

Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind die hohen Ideale, die uns Sozialisten beselen und die wir in unserer politischen Program auf demokratischen Wege verwirklichen wollen. Im Glauben an diese Ideale wissen wir uns eins mit jenem Christentum, welches sich nicht in falsch verstandenen Interesse der Konservierung einer absterbenden kapitalistischen Welt verschreibt, sondern welches, aufgeschlossen für die wahren menschlichen Werte, den Ringen einer neuen Zeit um eine bessere Zukunft seine Mitwirkung nicht versagt. (b/-/233/1/hc)

600 neue Labour-Zeitungen

Da die englische Provinzpresse sich fast ausnahmslos in konservativen Besitz befindet und eine ausgesprochen regierungsfeindliche Politik betreibt, trägt sich die Labour Party mit dem Plan, eine Kette von 600 neuen Lokalzeitungen zu gründen, durch die die Ansicht der Partei und der Regierung den breiten Massen vermittelt werden soll. Philipp Morgan, der Generalsekretär der Labour Party, hat bereits die 21 Journalisten, die zu den Labour-Abgeordneten gehören, zu sich gebeten, um das Projekt mit ihnen zu besprechen. Die sämtlichen neuen 600 Labour-Zeitungen sollen mit einem Zentralfüro in Londoner Traasporthouse, den Sitz der Labour Party, verbunden werden und von ihm auf dem schnellsten Wege mit Nachrichten und Bildmaterial versorgt werden. Ihre Erscheinungszeit soll einheitlich festgesetzt und auch das Zeitungsformat soll standardisiert werden. Die 21 Journalisten-Abgeordneten der Labour Party sollen weitgehend zur Mitarbeit herangezogen werden, um den neuen Labour-Zeitungen ein möglichst mannigfaltiges Bild geben zu können. (b/Bo/253/1/hc)

Parteipolitische Kulissenkämpfe

Zum Uebertritt Heiles zur NLP

Der kürzlich erfolgte Uebertritt des ehemaligen Präsidenten der FDP, Heile, zur NLP ist keine Ueberraschung. Die Verhandlungen, die zwischen der FDP und der NLP über einen Zusammenschluss geführt wurden, begannen bereits kurz nach der Kapitulation und der Bildung der politischen Parteien. Als dann Heile als 1. Vorsitzender der FDP auf dem Coller Parteitag der NLP überraschend erschien und eine etwa eineinhalbstündige Rede hielt - die übrigens inhaltlich von seinen üblichen Wahlreden nicht abwich - überschlugen sich die Meldungen über den Zusammenschluss der beiden Parteien und die Dementis darüber. Es fand niemand mehr durch. Heile soll sich später einmal über diese Zusammenschlussverhandlungen geäußert haben, sie wären schon weiter gediehen, wenn sich der 1. Vorsitzende der NLP dabei nicht wie ein Elefant im Porzellanladen benommen hätte. Es blieb kein Zweifel, die FDP versagte ihren Vorsitzenden bei seinem parteipolitischen Kurs die Gefolgschaft. Die Differenzen spitzten sich in der FDP derart zu, dass Heile schliesslich zum Präsidenten der FDP gemacht und damit auf das politische Abstellgleis geschoben wurde. Doch die Palastrevolution in der FDP ging lustig weiter und es erfolgten Umdenkungen über eine Absetzung Heiles, die wiederum von ihm mit grossen Zeilenaufwand dementiert wurden.

Nunmehr steht das alte Leitthema der Herde der FDP - ob ausgestossen oder unfreiwillig selbst gegangen, weiss man nicht genau - neben der Herde. Ob der 1. Vorsitzende der NLP, Hellwege, über den neuen Parteilenzwachs beglückt ist? Mit Mühe und Not ist es ihm gelungen, die alten führenden Männer der ehemaligen Deutsch-Hannoverschen Partei beiseite zu drücken, die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Alpers und Meyer-Bülkau, sowie den ehemaligen Landtagsabgeordneten Biester unter dem Vorwand der Ueberalterung an die Wand zu drücken und nun kommt der 66jährige Heile, der gewisse nicht der NLP als einfaches Mitglied angehören will, sondern bestimmt eine führende Stelle in der Partei beansprucht. Wenn man an den Wirrwarr der Zusammenschlussverhandlungen der NLP mit allen nur möglichen politischen Gruppen und Parteien denkt und jetzt die Zustände innerhalb der FDP durch den Austritt Heiles so blitzlichtartig erleuchtet sieht, dann kann man nur fragen, wie derartige "bürgerliche Parteien" die Stirn haben können, überhaupt noch von einer gradlinigen Politik zu sprechen. Sie, die nicht einmal Ruhe und Ordnung und klare Verhältnisse herstellen können, wollen der deutschen Öffentlichkeit ihre besondere Eignung für die Arbeit zu deutschem Wiederaufbau und für die Verbreitung einer deutschen Saublungsparole nachweisen - ein, wie uns scheint, recht überhebliches Unterfangen, zu dem sie in keiner Weise legitimiert sind. (b/B5c/253/1/he)

Deutsche Generäle in England

Als ein Kuriosum bezeichnet der "Daily Telegraph" die Tatsache, dass sich in England immer noch mehr deutsche Generäle in Kriegsgefangenschaft befinden, als in der englischen Armee Generäle dienen. Ausser den zwei ehemaligen Feldmarschällen von Brauchitsch und von Manstein sind in England noch der Panzergeneral von Thoma, der bei den Kämpfen um El Alamein in Kriegsgefangenschaft geriet, die drei Generalleutnants von Rabenstein, von Schlieffen und Dittmar (der Rundfunkkommentator des OKW), sowie 160 Generalmajore interniert. Dazu kommen noch 17 von Admiral Krancke geführte Admirale der Kriegsmarine. (b/B1c/253/1/he)

Die deutschen Kriegsgefangenen in Naher Osten

Aus einem ausführlichen Bericht des "Times"-Korrespondenten erfährt man erstmals Einzelheiten über das Leben der rund 100.000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in Naher Osten in englischer Hand befinden. Ungefähr ein Drittel von ihnen gehörte dem Afrika-Korps an. Nach dem Bericht waren die Gefangenen bis Kriegsende in bewachten Lagern untergebracht und verrichteten körperliche Arbeit. Nach dem Zusammenbruch hat sich die Situation grundlegend geändert. Da sie keinerlei Wehrsold mehr aus Deutschland erhielten und so jeder Möglichkeit, sich Zigaretten oder sonstige Kleinigkeiten zu kaufen, beraubt waren, drängten sie sich zur Arbeit und diese leisteten sie in ausgezeichnetester Weise. Waren die Kriegsgefangenen während des Krieges in drei Gruppen eingeteilt: Weiss oder Antirassis, Graue oder Nichtüberzeugte, Schwarze oder fanatische Naggis, so ergab sich schon bald die Möglichkeit, nur noch in Arbeiter mit nachgewiesenen gutem Willen und unzuverlässige Arbeiter zu unterscheiden, deren Zahl jedoch kaum von der ersten Gruppe zählt, erfreut sich fast völliger Freiheit und verdient nicht nur ein hübsches Taschengeld, sondern erhält auch bessere Verpflegung. Ein Teil von ihnen wird in Offiziersmessens und auf Flughafen-Kantinen verwendet, andere arbeiten als Kraftwagen-Fahrer und wieder andere sind zur Bewachung von Depots eingesetzt. Alle Verwaltungsarbeiten der Gefangenen werden von ihnen selbst erledigt und auch der Einsatz der einzelnen Gruppen erfolgt durch sie selbst. Die meisten befinden sich in Ägypten, während die übrigen sich auf die Cyrenaika, den Irak, Cypern, den Sudan, Griechenland und den Libanon verteilen. Die Gefangenen leben in Zeltlagern, treiben viel Sport und versuchen, sich ihre Freizeit so unterhaltsam wie möglich zu gestalten. In einer selbst errichteten "Universität" werden vor allem Sprachen studiert. Mehrere ausgezeichnete von ihnen ins Leben gerufene Orchester, konzertieren in englischen Urlaubslagern, Clubs und Messen.

Jeder Kriegsgefangene darf monatlich zwei Briefe und vier Postkarten schreiben, während die Post nach Babylon empfangen dürfen. Jedes Lager ist mit einem Radio-Apparat ausgestattet, ausserdem treffen regelmässig englische Zeitungen und auch eine in England gedruckte deutsche Kriegsgefangenenzeitung in den Lagern ein. Verbrechen können nur sehr selten vor und auch die Zahl der kleinen Diebstähle (Zigaretten!) ist verhältnismässig gering. Kontroversen oder andere Unruhen sind seit über einem Jahr nicht mehr vorgekommen und Fluchtversuche kommen nur noch selten vor. In den meisten Fällen handelt es sich mehr um "Entfernungen ohne Urlaub", als um bewusste Ausreiseweisungen. Ungefähr 70 Prozent aller Flüchtlinge werden wieder eingefangen oder kehren selbst wieder zurück und von Rest verbleibt sich ein grosser Teil bei Ägyptern, wo sie als Mechaniker, Landarbeiter etc. tätig sind.

Die Kriegsgefangenen sind mit ihrer Behandlung durchaus zufrieden und daher auch zumeist sehr glücklich eingestellt. Sie benehmen sich, wie die "Times" schreibt, korrekt und höflich und wissen, dass sie aus verschiedenen Gründen nicht mit ihrer baldigen Repatriierung rechnen können. Aber sie sind schon zufrieden, wenn ein bestimmtes Termin festgelegt wird, bis zu dem ihre Heimkehr erfolgt sein muss. Inzwischen ist englischerseits eine Art Nachsystem des Repatriierungswesens entstanden, durch das die Rückführung in die Heimat geregelt werden soll. (b) (p) (u) (s) (c) (e)

Verantwortliche i.V. Peter Raunau, Hannover